



Mein Standpunkt

Das Polit-Spiel für Schulklassen im Parlamentsgebäude

Planen Sie mit Ihrer Klasse einen Besuch des Parlamentsgebäudes in Bern? Möchten Sie den Jugendlichen zusätzlich auf spielerische Art und Weise Staatskunde vermitteln? Dann melden Sie sich für das Schulmodul «Mein Standpunkt» an.

Dauer: 2.5 Stunden

Zeit: Donnerstagmorgen, 9–11:30 Uhr

(Während der Sessionsen findet das Spiel nicht statt.)

Zielgruppe: Fortgeschrittene Oberstufen, Berufsschulen und Gymnasien.

Das Angebot ist kostenlos.

**JUNIOR
PARL**



Das Angebot

Rundgang durch das Parlamentsgebäude

Das Schulmodul beginnt mit einer **Führung** durch das Bundeshaus. Sie werden mit Ihrer Klasse beim **Besuchereingang** (Bundesterrasse) empfangen und erhalten im Anschluss einen spannenden Einblick in die **Kuppelhalle** und die **Ratssäle**. Die Jugendlichen erfahren dabei Wissenswertes zur Funktion des Parlaments und zur Geschichte und Architektur des Parlamentsgebäudes.

Das Spiel

Der Rundgang endet im Nationalratssaal. Hier wird die Klasse von einer **Spielleiterin** oder einem **Spielleiter** empfangen. Nun werden die Jugendlichen selber aktiv. Im Polit-Spiel «Mein Standpunkt» versetzen sie sich in die Rolle von **Nationalrätinnen** und **Nationalräten** und debattieren über Lösungsvorschläge, welche zuvor im Klassenzimmer erarbeitet wurden. Das Spiel folgt den Regeln des richtigen Parlamentsbetriebs und die Jugendlichen lernen dabei, wie die **Arbeit in den Räten** funktioniert.

«Mein Standpunkt» ist ein Angebot der **Parlamentsdienste** und kostenlos. Möchten Sie mit Ihrer Klasse daran teilnehmen? Dann lesen Sie die folgenden **Erläuterungen zum Spiel** durch und melden Sie sich an!

Erläuterungen zum Spiel

1. Das Spiel

Die Schulklassen debattieren im Nationalratssaal und stimmen über politische Fragen ab. Dazu ist eine gute Vorbereitung nötig. Das Spiel «Mein Standpunkt» beginnt deshalb schon im Klassenzimmer mit einer gründlichen Vorberatung der Geschäfte, wie sie im richtigen Parlament in den Kommissionen stattfindet. Für die Vorbereitung des Spiels sollten Sie mit der Klasse etwa drei Wochen Vorbereitungszeit (ca. drei mal zwei Lektionen) einrechnen.

2. Das Lernziel

Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit aktuellen politischen Fragen auseinander. Sie entwickeln eigene Standpunkte, müssen ihre Argumente vor den Kolleginnen und Kollegen verteidigen und in den Kommissionen eine mehrheitsfähige Lösung finden. Anhand der Aufgaben erkennen sie, dass sich das Parlament um die Spielregeln des Zusammenlebens kümmert, sofern der Regelungsbedarf die ganze Schweiz betrifft. Sie erfahren, wie der Parlamentsbetrieb in Bern funktioniert, lernen die Arbeit in den Kommissionen kennen, bringen ihre Anliegen in die Ratsdebatte ein, verteidigen ihre Lösung gegen Einwände und erfahren, wie wichtig die Konsensfindung ist, um in einer Abstimmung bestehen zu können.

3. Das Zielpublikum

Das Spiel fordert den Teilnehmenden einiges ab. Es eignet sich daher für Schulen der fortgeschrittenen Oberstufe, für Berufsschulen und Gymnasien.

Spielanleitung

Vorbereitung durch die Lehrkraft

- Die Klasse wird in **drei Kommissionen** aufgeteilt.
- Auf www.juniorparl.ch finden Sie verschiedene aktuelle politische **Themen** mit einer Aufgabenstellung. Jede **Kommission** muss ein Thema wählen und dazu einen Lösungsvorschlag formulieren. Wichtig ist, die Vor- und Nachteile einer Lösung genau abzuwägen und sie dahingehend zu prüfen, ob sie in der Abstimmung vor der ganzen Klasse Chancen auf Erfolg hat.
- Jede Kommission muss eine/n **Sitzungsleiter/in**, eine/n **Protokollführer/in**, eine/n **Kommissionssprecher/in** und eine/n **Medienverantwortliche/n** bestimmen.

Der oder die **Sitzungsleiter/in** ist dafür verantwortlich, dass sich die Kommissionsmitglieder regelmässig zu vorbereitenden Sitzungen treffen und dass die Sitzungen zu einem Resultat führen. Der oder die **Protokollführer/in** schreibt bei allen Sitzungen mit und hält die wichtigsten Überlegungen und Entscheide fest. Er oder sie verfasst am Ende ein Beschlussprotokoll, das den Lösungsvorschlag enthält. Die ganze Kommission soll sich zum Lösungsvorschlag äussern. Der oder die **Kommissionssprecher/in** ist jedoch die Hauptansprechperson, wenn es darum geht, den Lösungsvorschlag in Bern zu präsentieren. Der oder die **Medienverantwortliche** tritt im Anschluss an die Abstimmung vor die Medien und gibt ein maximal 20-sekündiges Statement über den Ausgang der Abstimmung ab. (Es handelt sich dabei um ein Spielelement. Es sind keine echten Medien anwesend.)

- Die Lehrperson teilt den Parlamentsdiensten unter junior@parl.admin.ch **mindestens eine Woche** vor dem Besuch des Spiels die Lösungsvorschläge der Kommissionen mit.

Die Arbeit der Schülerinnen und Schüler

- Um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, müssen sich die Kommissionsmitglieder zunächst über das Vorgehen einig werden. Sie legen z.B. drei Kommissionssitzungen fest, die im Abstand von einer Woche stattfinden.

Vor der ersten Sitzung ist eine gründliche Einarbeitung ins Thema nötig. Nebst den angegebenen Internetseiten empfehlen wir, die Dokumentationen auf den Webseiten des Parlaments sowie die Sites der verschiedenen Schweizer Parteien zu besuchen. **In der Sitzung** wird die Aufgabe mit der ganzen Kommission besprochen.

Vor der zweiten Sitzung macht sich jedes Kommissionsmitglied Gedanken zu möglichen Lösungsansätzen und überlegt sich, was für oder gegen die Ideen spricht. **In der Sitzung** werden alle Lösungsansätze und Argumente zusammengetragen und diskutiert.

Vor der dritten Sitzung legt sich jedes Kommissionsmitglied auf eine Meinung fest und entscheidet sich für eine Lösung. **In der Sitzung** einigt sich die Kommission auf einen gemeinsamen Lösungsvorschlag (z.B. per Abstimmung). Der oder die Protokollführer/in hält die beschlossene Lösung schriftlich fest. Niedergeschrieben werden auch die drei wichtigsten Argumente, die für diese Lösung sprechen.

Jede Kommission verteilt ihren Lösungsvorschlag mit den **drei wichtigsten Argumenten** an die übrigen Klassenkameradinnen und -kameraden. Damit haben diese die Gelegenheit, Argumente für oder gegen den Vorschlag für die Diskussion im Parlament zu sammeln.

Im Nationalratssaal: Die Debatte im Plenum

- Die Klasse wird im Nationalratssaal von einer **Spielleiterin** oder einem **Spielleiter** empfangen. Diese/r moderiert die Debatte und sorgt – wie die Ratspräsidentin oder Ratspräsident im richtigen Parlament – dafür, dass die Redezeiten eingehalten werden.
- Der oder die erste **Sprecher/in trägt den Lösungsvorschlag seiner/ihrer Kommission vor**.
- Anschliessend können Mitschülerinnen und Mitschüler, die nicht in dieser Kommission waren, **Fragen stellen oder Gegenargumente einbringen**. In dieser Diskussion wird sich zeigen, wer gut vorbereitet ist und die kritischen Ratskolleginnen und -kollegen mit guten Argumenten überzeugen kann.
- Schliesslich stimmt der ganze Rat über **Annahme oder Ablehnung** des Vorschlags ab. Bei einer Pattsituation (50% dafür, 50% dagegen) fällt die Spielleiterin oder der Spielleiter den Stichentscheid.
- Die gleiche Vorgehensweise folgt für die Vorschläge der anderen **zwei Kommissionen**.
- Die schriftlichen Lösungsvorschläge werden auf **www.juniorparl.ch** publiziert. Das Resultat ist nun öffentlich und erreicht die Aufmerksamkeit der richtigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier! Die erarbeiteten Beiträge können zudem kommentiert und mit Freundinnen und Freunden über die Sozialen Medien geteilt werden.

Anmeldung

Das Schulmodul findet jeden **Donnerstagsmorgen** von 9:00–11:30 Uhr statt. Während der **Sessionen** ist der Nationalratssaal besetzt und das Angebot ist deshalb für diesen Zeitraum nicht buchbar. Bitte rechnen Sie für die **Eingangskontrolle** ins Parlamentsgebäude mindestens 20 Minuten ein.

Um Ihre Klasse anzumelden, benützen Sie bitte das **Anmeldeformular** auf www.juniorparl.ch. Wir werden Sie daraufhin kontaktieren.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!



Themen

Drogenpolitik

Zuständig: Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Die Schweizerische Drogenpolitik basiert seit den 1990er-Jahren auf den vier Säulen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression. Die Vier-Säulen-Politik entstand als Massnahme gegen die offene Drogenszene. Diese war damals in mehreren Schweizer Städten vorzufinden und sorgte weltweit für Schlagzeilen.

Die offene Drogenszene konnte durch die Vier-Säulen-Politik weitgehend eingedämmt werden. Darüber hinaus ist laut dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Zahl Heroinabhängiger und Drogentoter seit 1993 rückläufig. Einige Politikerinnen und Politiker sind jedoch der Meinung, dass die Vier-Säulen-Politik neu überdacht werden muss. Den Grund dafür sehen sie im veränderten Drogenkonsum. Kokain war in den letzten Jahren auf dem Vormarsch und neue synthetische Drogen kamen auf den Markt. Zudem findet heute vermehrt der gleichzeitige Konsum verschiedener Substanzen statt (Mischkonsum).

Tatsache ist auch, dass jede/r zehnte Schweizer/in regelmässig Cannabis konsumiert und damit gegen das Betäubungsmittelgesetz verstösst (Stand 2014).

Wie soll sich die Schweizer Drogenpolitik in Zukunft gestalten? Braucht es neue Gesetze?

Tipp:

Informiert euch über die vier Säulen der Drogenpolitik. Worum geht es dabei? Seid ihr eher für eine Verschärfung der Gesetze oder sogar für die Legalisierung bestimmter Substanzen?

Weitere Informationen:

www.bag.admin.ch

www.infodrog.ch

www.suchtschweiz.ch

Waffenexport

Zuständig: Sicherheitspolitische Kommission

Das weltweite Waffengeschäft boomt. Gemäss des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI werden heute so viele Waffen produziert wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Die Hauptproduzenten sind die USA und Russland, gefolgt von China. Auch die Schweiz profitiert vom Verkauf von Waffen. Sie exportierte 2016 Kriegsmaterial wie Munition und Fliegerabwehrkanonen im Wert von über 400 Millionen Franken. Hauptabnehmer waren europäische Länder (ca. 50% des gesamten Exports), aber auch Asien und Afrika wurden beliefert.

In der Schweiz setzen sich mehrere Gruppen gegen den Export von Kriegsmaterial ein. Für sie ist daran störend, dass die Schweiz auch in Länder exportiert, welche ihrer Meinung nach die Menschenrechte verletzen. Befürworter des Waffenexports argumentieren hingegen vor allem mit wirtschaftlichen Aspekten der Waffenproduktion, denn durch den Waffenexport fließt Geld in die Schweiz und es werden Arbeitsplätze geschaffen.

Welches Gesetz bzw. welche Gesetze wären eurer Meinung nach in Bezug auf den Schweizer Waffenexport sinnvoll?

Tipp:

Überlegt euch, welche Gründe für oder gegen den Waffenexport sprechen.

Weitere Informationen:

www.seco.admin.ch

www.gsoa.ch

www.ruag.com

Energie

Zuständig: Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

Als Folge der Reaktorkatastrophe in Fukushima im Jahr 2011 haben Bundesrat und Parlament den schrittweisen Atomausstieg beschlossen. Da die fünf Kernkraftwerke (KKW) der Schweiz im Jahresdurchschnitt 40% der inländischen Stromproduktion abdecken, bedarf es einer Neuorientierung der Schweizer Energieversorgung. Mit der Energiestrategie 2050 hat der Bundesrat die Stossrichtung vorgegeben. Der Stromverbrauch soll gesenkt und alternative Stromerzeugung gefördert werden.

Welche konkreten Massnahmen können ergriffen werden, um die Energieversorgung der Schweiz auch in Zukunft sicherzustellen? Wo würdet ihr eure Schwerpunkte setzen?

Tipp:

Setzt euch mit der Energiestrategie 2050 auseinander.

Weitere Informationen:

www.uvek.admin.ch

www.energieschweiz.ch

www.bfe.admin.ch

Mobilität

Zuständig: Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

Die Schweizer Bevölkerung ist sehr mobil. Zählt man sämtliche Strecken zusammen, die eine in der Schweiz wohnhafte Person im Laufe eines Jahres durchschnittlich zurücklegt, so ergibt sich eine Distanz von rund 20'500 Kilometern. Dies entspricht ungefähr einer halben Erdumrundung (Stand 2010). Das am häufigsten verwendete Verkehrsmittel ist das Auto.

Aufgrund des Bevölkerungswachstums hat das Verkehrsaufkommen in den vergangenen Jahren stetig zugenommen – und für die Zukunft gehen die entsprechenden Szenarien von weiteren Zunahmen aus. Das Verkehrswachstum bleibt nicht ohne Folgen: Trotz Milliardeninvestitionen in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nähert sich das Schweizerische Verkehrssystem zunehmend seinen Kapazitätsgrenzen. Die Staus auf den Nationalstrassen häufen sich; Züge und S-Bahnen sind zu den Stosszeiten bis auf den letzten Platz gefüllt.

Welche konkreten Massnahmen können ergriffen werden, um die Belastung durch den Verkehr für den Menschen und die Umwelt zu reduzieren?

Tipp:

Überlegt euch, wann und wie ihr unterwegs seid und hinterfragt in diesem Zusammenhang eurer eigenes Verhalten.

Weitere Informationen:

www.bfs.admin.ch

www.uvek.admin.ch

www.astra.admin.ch

Altersvorsorge

Zuständig: Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

In der Schweiz kommen Männer mit 65 Jahren und Frauen mit 64 Jahren ins Pensionsalter. Ab Erreichen dieses Alters tritt für sie die Schweizerische Altersvorsorge in Kraft. Sie ist nach dem sogenannten «Drei-Säulen-System» organisiert und hat zum Ziel, Menschen nach der Pensionierung finanziell abzusichern. Für die Altersvorsorge ist in der Schweiz auf staatlicher Ebene primär die AHV (Alters- und Hinterbliebenenversicherung) zuständig.

Die Finanzierung der AHV funktioniert nach einem solidarischen Verteilsystem. Erwerbstätige zahlen einen Teil ihres Lohnes in die Versicherung ein. Rentnerinnen und Rentner erhalten mit dem Erreichen des Pensionsalters von dieser Versicherung die ihnen zustehenden Leistungen.

Die Finanzierung der AHV und die damit einhergehende Absicherung der Altersvorsorge wird die Schweiz in den kommenden Jahren vor grosse Herausforderungen stellen. Dafür ist das Bevölkerungswachstum verantwortlich. Bei der Gründung der AHV im Jahr 1948 wurde die Rente einer pensionierten Person im Schnitt durch mehr als sechs Erwerbstätige finanziert. Heute kommen auf einen Rentner gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) nur noch 3.4 Personen. Das bedeutet: Heute tragen die Erwerbstätigen eine grössere finanzielle Last zur Sicherung der AHV. Diese Tendenz wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken. Dafür gibt es mehrere Gründe: Einerseits steigt die Lebenserwartung der Menschen in der Schweiz. Je länger die Menschen leben, desto mehr Geld beziehen sie aus der AHV. Andererseits werden in den nächsten Jahren sehr viele Menschen, welche heute berufstätig sind, ins Rentenalter kommen. (Generation der sogenannten «Babyboomer».) 2014 und auch 2015 hat die AHV bereits mehr ausgegeben als sie eingenommen hat.

Was soll getan werden, um die Altersvorsorge in der Schweiz auch in Zukunft sicherzustellen?

Tipp:

Informiert euch über das Drei-Säulen-System der Schweizerischen Altersvorsorge. Versucht, euch nicht in technischen Details zu verlieren, sondern überlegt euch, wie dem Problem der alternden Gesellschaft ganz grundsätzlich begegnet werden könnte.

Weitere Informationen:

www.bsv.admin.ch

www.ch.ch/de/ahv

www.ahv-iv.ch

Privatsphäre

Zuständig: Sicherheitspolitische Kommission

Das Recht auf Privatsphäre ist ein in der Verfassung verankertes Grundrecht. Doch in der heutigen, digitalisierten und vernetzten Welt stellt sich die Frage, auf wieviel Privatsphäre der Mensch noch Anrecht hat. Darf beispielsweise ein öffentlicher Platz, wie der Bahnhofplatz rund um die Uhr mit Kameras überwacht werden? Falls ja, wie lange dürfen die Kamerabilder aufbewahrt werden? Darf ich mit meinem Handy auf der Strasse eine fremde Person ohne ihre Einwilligung filmen? Wäre es in Ordnung, wenn es sich um eine Person handelt, die bei einer kriminellen Tat beobachtet wird? Es gilt abzuwägen, was höher gewichtet wird: Sicherheitspolitische Überlegungen oder das Recht des Menschen auf seine Privatsphäre.

Wie soll in Zukunft mit der Privatsphäre der Schweizer Bürgerinnen und Bürger umgegangen werden? Welches Gesetz ist eurer Meinung nach sinnvoll?

Tipp:

Überlegt euch, ob und unter welchen Umständen ihr auf eure Privatsphäre verzichten würdet.

Weitere Informationen:

www.edoeb.admin.ch

www.humanrights.ch

www.juniorparl.ch

Parlamentsdienste

3003 Bern

+41 (0) 58 322 91 73

junior@parl.admin.ch

www.parlament.ch